

Konstanz, den 8. Dezember 2014

Pressemitteilung: Humanität endlich Vorrang geben

Das Aktionsbündnis Abschiebestopp Konstanz fordert die Landesregierung Baden-Württemberg auf, einen sofortigen Winterabschiebestopp für die Länder des Westbalkans zu erlassen. Abschiebungen im Winter gefährden ganz konkret Gesundheit und Leben der abgeschobenen Flüchtlinge, da diese meist in extremer Armut am Rande der Gesellschaft leben und dabei häufig direkt in die Obdachlosigkeit abgeschoben werden.

Im grün-roten Koalitionsvertrag hat sich die Landesregierung noch selbst den Auftrag gegeben, sich „für einen humaneren Umgang mit Flüchtlingen“ einzusetzen. Trotz dieser Aussage schiebt die Landesregierung weiterhin im Akkord Flüchtlinge vom Airpark Baden-Baden in Regionen mit Eiseskälte und Schneefall ab. Was unter der CDU-geführten Vorgängerregierung noch üblich war - Abschiebungen zumindest bis Ende März auszusetzen - ist plötzlich unter einem grünen Ministerpräsidenten scheinbar nicht mehr möglich. Wie dies mit dem ausgegebenen Slogan der Landesregierung „Humanität hat Vorrang“ vereinbar ist, bleibt dabei völlig unklar. Vielmehr zeigt die grün-rote Abschiebepaxis, dass das Abschieben von Familien mit kleinen Kindern in die Obdachlosigkeit und Kälte für die Landesregierung scheinbar Vorrang vor humanitären Maßnahmen hat.

Schleswig-Holstein hat genau solche humanitären Maßnahmen bereits ergriffen und einen Winterabschiebestopp bis zum 31. März erlassen. „Das entspricht unserem humanen Wertegerüst, dass wir dorthin nicht abschieben, wo Kälte unmenschlich werden kann“, sagte Ministerpräsident Torsten Albig (SPD). Das Aktionsbündnis Abschiebestopp Konstanz fordert das Land Baden-Württemberg daher auf, diesem Beispiel zu folgen.

Dabei hat der Landtagsabgeordnete Siegfried Lehmann (Grüne) gegenüber dem Aktionsbündnis deutlich gemacht, dass er die Forderung nach einer „umfassenden Winterabschiebestoppregelung in vollem Umfang“ teilt. Er erklärte: „Die Grüne Landtagsfraktion hat schon vor Wochen dem Innenminister gegenüber deutlich gemacht, dass wir einen konsequenten Winterabschiebestopp ohne Sonderregelungen vom Innenministerium erwarten“. Das Aktionsbündnis Abschiebestopp Konstanz möchte diese Position ausdrücklich bekräftigen, gleichzeitig aber fragen, warum trotz dieser eindeutigen Positionierung seitens der Landtagsfraktion das Innenministerium immer noch keinen Winterabschiebestopp verhängt hat. Warum handelt die Landesregierung nicht nur gegen ihren eigenen Koalitionsvertrag, sondern auch gegen den Willen der eigenen Landtagsfraktion? Auch wird der Wille vieler Bürger, die in vielfältigen Schreiben und Petitionen und bei einer Demonstration mit über 1000 Teilnehmern am 6.12. in Freiburg einen Winterabschiebestopp gefordert hatten, völlig ignoriert.

Das Aktionsbündnis Abschiebestopp Konstanz fordert die Landesregierung daher auf, endlich den Versprechungen in ihrem Koalitionsvertrag auch Taten folgen zu lassen. Zeigen Sie, dass humanitäre Werte Ihnen am Herzen liegen. Denn warme Worte reichen nicht, um der Kälte auf dem Westbalkan zu trotzen.